Stellungnahme der Verwaltung - öffentlich nach § 48 Abs. 2 Satz 1 GO NRW	
Drucksachen-Nr. 1610874ST2	
Externes Dokument	Eingang Ratsbüro 01.04.2016

Betreff Entwurf des Bundesverkehrswegeplans 2015; Bürgerinformation

Verwaltungsinterne Abstimmung	Datum	Unterschrift
Federführung: Amt 61	31.03.2016	gez. Isselmann
Dez. II für Dez. VI	01.04.2016	gez. Prof. Dr. Sander
Genehmigung/Freigabe durch OB/Amt 01	01.04.2016	gez. i.V. Prof. Dr. Sander

Beratungsfolge	Sitzung		
Ausschuss für Planung, Verkehr und Denkmalschutz	05.04.2016		
Ausschuss für Planung, Verkehr und Denkmalschutz	06.04.2016		
Rat	07.04.2016		

Inhalt der Stellungnahme

Die Verwaltung zitiert (auszugsweise) Folgendes hinsichtlich der Beteiligung der Öffentlichkeit aus dem Entwurf zum neuen Bundesverkehrswegeplan:

„Zum Entwurf der Grundkonzeption des neuen BVWP konnten Fachverbände und Bürger im Jahr 2013 während einer deutlich ausgeweiteten Öffentlichkeitsbeteiligung Stellung nehmen, ehe die überarbeitete Grundkonzeption veröffentlicht wurde. Die Verbände wurden zudem während des Aufstellungsprozesses des BVWP wiederholt konsultiert. Der nun vorliegende Entwurf des BVWP 2030 wird an relevante Institutionen versendet, im Internet veröffentlicht und in mehreren Städten ausgelegt. Darüber hinaus stellt das BMVI ein Projektinformationssystem (PRINS) online, das konkrete Einblicke in die Bewertungen auf Projektebene gewährt. Die Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung zum Bundesverkehrswegeplan erfüllt die gesetzlichen Anforderungen der Strategischen Umweltprüfung (SUP). Deren Ziel ist es, ein hohes Umweltschutzniveau im Zuge der Umsetzung des BVWP 2030 bereits in einem frühen Planungsstadium sicherzustellen. Als Grundlage für die Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung im Rahmen der SUP wird der Umweltbericht zum BVWP 2030 veröffentlicht.

Das Verfahren zur Aufstellung des BVWP ist allerdings komplex. Dabei gibt es eine Vielzahl von potentiell zu Beteiligten. Es ist daher bei aufkommenden Interessenkonflikten nicht immer möglich, mit allen Akteuren einen Konsens zu erzielen. Der BVWP ist und bleibt eine fachlich begründete Feststellung des Bedarfs an Verkehrsinfrastrukturinvestitionen. Eine breite Akzeptanz des BVWP ist

ein wichtiges Ziel, das aber nicht zum alleinigen Kriterium der Entscheidungen der Bundesregierung werden kann. Die Aufgabe der Beteiligung besteht darin, die verschiedenen Sichtweisen sinnvoll in den Erarbeitungsprozess einzubringen, fundiert abzuwägen und eine fachgerechte Lösung zu erzielen. Mit dem BVWP stellt die Bundesregierung ihr zentrales Planungsinstrument für die Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur des Bundes auf. Der BVWP hat jedoch keinen Gesetzescharakter. Der Aufstellungsprozess endet stattdessen mit dem Beschluss des BVWP durch die Bundesregierung. Die weiteren Schritte bis zur Verabschiedung der Ausbaugesetze obliegen anschließend dem Deutschen Bundestag als Gesetzgeber und entziehen sich einem unmittelbaren Beteiligungsverfahren.

Zum vorliegenden Entwurf des BVWP 2030 einschließlich des zugehörigen Umweltberichts führt das BMVI eine Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung durch. Für einen Zeitraum von insgesamt sechs Wochen werden die Dokumente für jedermann zugänglich in 20 über das Bundesgebiet verteilten Städten ausgelegt. Zudem können die Unterlagen auf der Internetseite des BMVI eingesehen werden. Darüber hinaus wird im Internet ergänzend ein Projektinformationssystem – kurz PRINS – mit den detaillierten Bewertungsergebnissen auf Ebene der Einzelprojekte bereitgestellt. Das PRINS kann über die Internetseite des BMVI abgerufen werden. Alle Interessierten können sich somit umfassend über den BVWP-Entwurf informieren und über einen Zeitraum von sechs Wochen schriftlich oder elektronisch über ein auf der Internetseite des BMVI bereitgestelltes Online-Formular zum Entwurf äußern. Ergänzend dazu können auch Behörden sowie betroffene Bürgerinnen und Bürger aus den Nachbarstaaten schriftlich Stellung nehmen. Das BMVI wird alle fristgerecht eingehenden Stellungnahmen erfassen, bearbeiten und fachlich-inhaltlich prüfen. Bei dieser Aufgabe wird das BMVI durch externe Gutachter unterstützt.

Die Absender von Stellungnahmen erhalten jeweils möglichst eine Eingangsbestätigung. Aufgrund der Vielzahl der zu erwartenden Stellungnahmen werden diese jedoch nicht einzeln beantwortet oder behandelt. Dieser Bericht wird durch das BMVI veröffentlicht. Die Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung zum Bundesverkehrswegeplan erfüllt nach §§ 14h bis 14j des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) die gesetzlichen Anforderungen der Strategischen Umweltprüfung (SUP). Bei der SUP handelt es sich um ein Prüfungsverfahren, mit dem die Umweltaspekte von Plänen systematisch untersucht werden. Ziel der SUP ist es, die Auswirkungen eines Plans auf die Umwelt bereits frühzeitig zu ermitteln, zu beschreiben und zu bewerten, um die so gewonnenen Ergebnisse und Erkenntnisse bei der Entscheidung über den Plan mit berücksichtigen zu können. Entsprechend werden im Rahmen der SUP zum BVWP 2030 die voraussichtlich eintretenden Umweltauswirkungen bei vollständiger Realisierung des Gesamtplans transparent gemacht. Die SUP des BVWP 2030 ersetzt allerdings keine Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP) auf Ebene von Einzelvorhaben, wie sie beispielsweise im Planfeststellungsverfahren durchgeführt wird.

Beim Beteiligungsverfahren der SUP stehen daher – trotz des bereitgestellten PRINS, das auf Projektebene über die bewerteten Vorhaben informiert – **Fragen zur Wirkung des Gesamtplans** im

Vordergrund. **Einzelvorhaben können daher nicht im Detail diskutiert werden.** Gegenstand des BVWP ist ausschließlich die Frage, ob für ein Projekt grundsätzlich ein verkehrlicher Bedarf besteht. Projektbezogene Stellungnahmen sind daher nur relevant, wenn diese Auswirkungen auf den Gesamtplan haben. Dies ist beispielsweise dann der Fall, wenn sich Hinweise ergeben, die den Bedarfsnachweis der Projekte ernsthaft in Zweifel ziehen, z. B. also fehlerhafte Bewertungen vorliegen würden. Wie Projekte im Detail auszugestaltet sind, wird in nachgelagerten Planungsverfahren wie den Raumordnungs-, Linienbestimmungs- und Planfeststellungsverfahren konkretisiert. Bei letzterem wiederum sind teilweise separate Beteiligungsmöglichkeiten für die Öffentlichkeit gesetzlich garantiert. **Stellungnahmen ohne Bezug zur Wirkung des Gesamtplans sowie rein wertende Meinungsäußerungen ohne sachliche Begründung wird das BMVI im Zuge der Öffentlichkeitsbeteiligung zum BVWP 2030 nicht berücksichtigen.** Das Beteiligungsverfahren ist ferner kein Abstimmungsverfahren. Es erfolgt daher keine Aufrechnung zwischen „unterstützenden“ und „ablehnenden“ Stellungnahmen. Mehrfacheinsendungen von inhaltsgleichen Stellungnahmen werden inhaltlich nur einmal berücksichtigt. Aus fachlich-inhaltlichen oder rechtlichen Gründen sinnvolle Hinweise wird das BMVI in den BVWP übernehmen. Anschließend legt es eine überarbeitete Fassung des Bundesverkehrswegeplans vor, die Grundlage für den Kabinettsbeschluss der Bundesregierung über die Annahme des BVWP 2030 sein wird. Der Beschluss sowie die abschließenden Dokumente werden auf der Internetseite des BMVI veröffentlicht.“

Insofern haben alle Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, sich umfassend über den Entwurf zum BVWP 2030 zu informieren und sich beim BMVI zu äußern. **Einer Bürgerversammlung seitens der Stadt Bonn bedarf es daher nicht, zumal einige Projekte ursprünglich nicht von der Bundesstadt Bonn gemeldet wurden.**